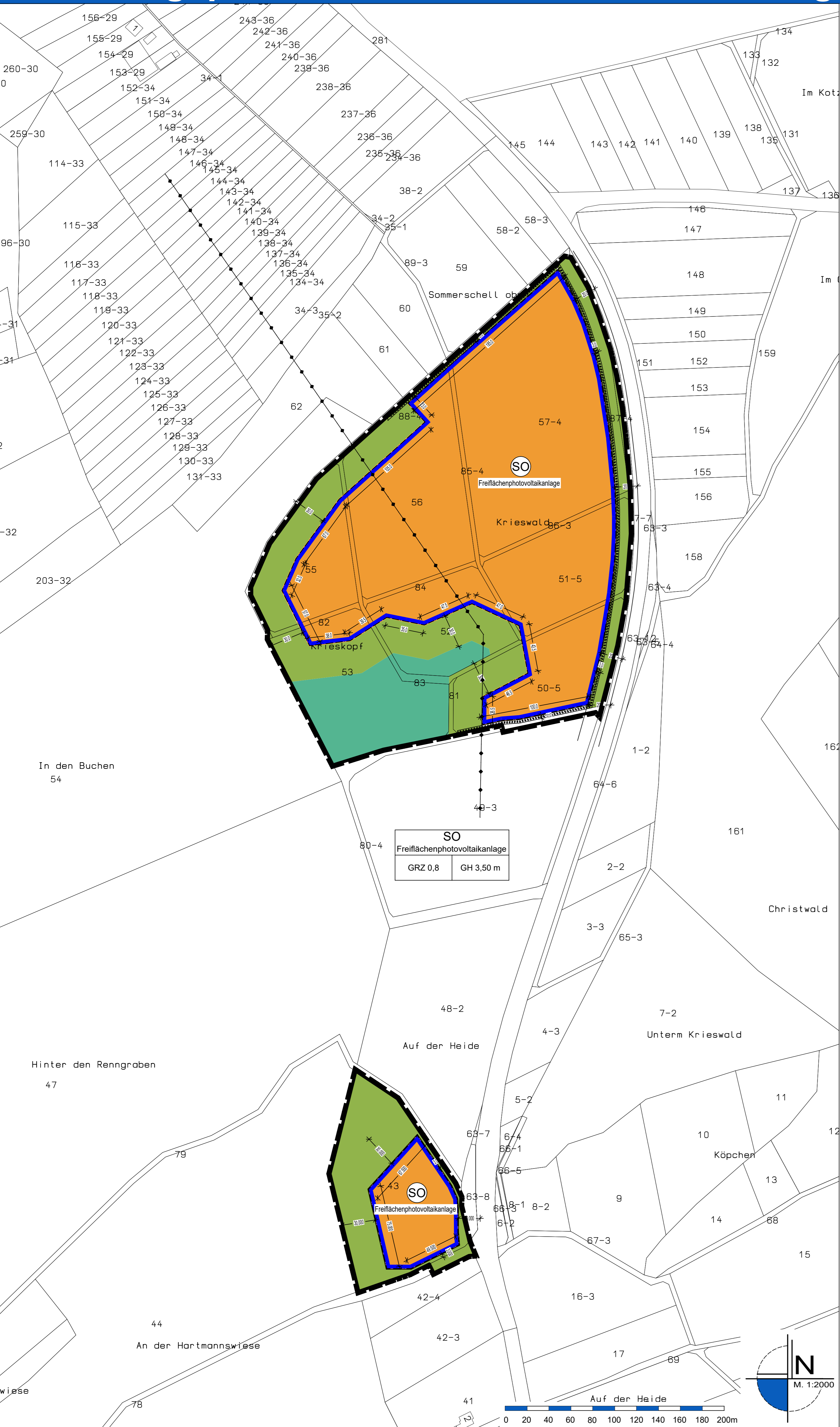


# Ortsgemeinde Lieg

## Bebauungsplan "Freiflächen-Photovoltaikanlage"



### Legende

- Art der baulichen Nutzung**
- § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1 bis 11 BauNVO
- § 11 BauNVO
  - Sonstige Sondergebiete
- Bauweise, Baulinien, Baugrenzen**
- § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO
- Baugrenze
- Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen**
- § 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB
- oberirdisch
- Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**
- § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB
- Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a und Abs. 6 BauGB)
- Grünflächen**
- § 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB
- Grünflächen
- Flächen für Landwirtschaft und für Wald**
- § 9 Abs. 1 Nr. 18 und Abs. 6 BauGB
- Flächen für Wald
- Sonstige Planzeichen**
- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)
- Sonstige Darstellungen**
- Flurstücksgrenze laut Kataster Flurstücksnummer laut Kataster
  - Bemaßung
  - Gebäude laut Kataster

### Bestandteile des Bebauungsplan

Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung M. 1:2000 sowie den textlichen Festsetzungen. Die Begründung ist beigefügt.

### Nutzungsschablone (Beispiel)

Art der baulichen Nutzung	<b>SO</b>
Grundflächenzahl als Höchstmaß	GRZ 0,8
	GH 3,50 m
	Gebäude Höhe als Höchstmaß

### Verfahrensvermerke

- Der Gemeinderat Lieg hat in öffentlicher Sitzung vom ... die Aufstellung des Bebauungsplans „Freiflächen-Photovoltaikanlage“ beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am ... ortsüblich bekannt gemacht.
  - Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB fand in der Zeit vom ... bis ... statt. Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte am ...
  - Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB mit Schreiben vom ... beteiligt.
  - Der Entwurf des Bebauungsplans und die Begründung wurden gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom ... bis ... öffentlich ausgelegt. Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgte am ...
  - Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom ... beteiligt.
  - Der Gemeinderat Lieg hat mit Beschluss vom ... den Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.
- Lieg, den ... Siegel (Heinz Zilles, Ortsbürgermeister)
- Lieg, den ... Siegel (Heinz Zilles, Ortsbürgermeister)
  - Lieg, den ... Siegel (Heinz Zilles, Ortsbürgermeister)
  - Lieg, den ... Siegel (Heinz Zilles, Ortsbürgermeister)

### Textfestsetzungen

**A. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN**

**1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)**  
Entwicklung von mäßig artenreichen Glatthalwiesen mit extensiver Bewirtschaftung und Verzicht auf Dünge- und Pflanzenschutzmittel (KM2)

**2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)**  
Je Trafo- und Übergabestation ist ein Grundfläche von max. 50 m<sup>2</sup> zulässig. Die Höhe dieser Gebäude, gemessen zwischen der Geländeoberfläche und der Oberkante der Gebäude darf max. 3,5 m betragen. Für die Modulfäche als projizierte überbaute Fläche, einschl. der Nebenanlagen, wird eine Grundflächenzahl (GRZ) von 0,8 festgesetzt.

**3. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 (3) BauNVO)**  
Die überbaubaren Grundstücksflächen werden entsprechend der Planzeichnung durch Baugrenzen gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO bestimmt.

**4. Grünordnerische / Landespflegerische Festsetzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a BauGB)**  
Im Bebauungsplan werden gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a BauGB Flächen für die Anpflanzung von Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen festgesetzt.

**5. Festsetzungen über Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft im Plangebiet (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 Buchstabe a BauGB)**

**Kompensationsmaßnahme 1 (KM1)**  
Entwicklung von mäßig artenreichen Glatthalwiesen (technisch überprägt) mit extensiver Bewirtschaftung und Verzicht auf Dünge- und Pflanzenschutzmittel (KM1)

Artenliste der ausdauernden Gräser (EULLa Grundsätze 2021)	Deutsche Bezeichnung	Lateinische Bezeichnung
Glatthafer	<i>Arrhenatherum elatius</i>	
Rohrschwengel	<i>Festuca arundinacea</i>	
Rohrschwingel	<i>Festuca rubra</i>	
Wiesenschwingel	<i>Festuca pratensis</i>	
Deutsches Weidelgras	<i>Lolium perenne</i>	
Wiesenflüchenschwanz	<i>Alopecurus pratensis</i>	
Wiesenlieschgras	<i>Phleum pratense</i>	
Wiesenrispe	<i>Poa pratensis</i>	
Knaulgras	<i>Dactylis glomerata</i>	
Gemeines Ruchgras	<i>Anthoxanthum odoratum</i>	
Weißes Staustragras	<i>Agrostis gigantea</i>	
Gewöhnliche Schafgarbe	<i>Achillea millefolium</i>	
Wiesen Kerbel	<i>Anthriscus sylvestris</i>	
Wilde Möhre	<i>Daucus carota</i>	
Moschus-Malve	<i>Malva moschata</i>	

### Textfestsetzungen

**Kompensationsmaßnahme 2 (KM2)**  
Entwicklung von mäßig artenreichen Glatthalwiesen mit extensiver Bewirtschaftung und Verzicht auf Dünge- und Pflanzenschutzmittel (KM2)

**Kompensationsmaßnahme 3 (KM3)**  
Rändliche Eingrünung von Planflächenanteilen (KM3)

**Pflegekonzept**  
Die rändliche Eingrünung ist fachgerecht zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Die Gehölze sind unter anderem gegen Wildverbiss zu schützen, wenn nötig zu bewässern sowie auf Ausfall zu kontrollieren und dementsprechend zu ersetzen, falls erforderlich.

Artenauswahl	Deutsche Bezeichnung	Lateinische Bezeichnung
Vogelkirsche	<i>Prunus avium</i>	
Vogelbeere	<i>Sorbus aucuparia</i>	
Mehlspeere	<i>Sorbus aria</i>	
Eisbeere	<i>Sorbus torminalis</i>	
Stieleiche	<i>Quercus robur</i>	

**Artenauswahl Sträucher**  
Pflanzenqualität: jeweils mindestens 2 x verpflanzt, 3-5 Triebe, 100-120 cm Höhe (mittel- bis hochwachsend) bzw. 80-100 cm Höhe (schwach wachsend)

Artenauswahl	Deutsche Bezeichnung	Lateinische Bezeichnung
Weißdorn	<i>Crataegus monogyna</i>	
Kornelkirsche	<i>Cornus mas</i>	
Haselnuss	<i>Corylus avellana</i>	
Pflaumenblüthen	<i>Elaeagnus europaeus</i>	
Heckenrosche	<i>Lonicera xylosteum</i>	
Schwarzer Holländer	<i>Sambucus nigra</i>	
Wolliger Schneeball	<i>Viburnum lantana</i>	
Gemeiner Schneeball	<i>Viburnum opulus</i>	

**CEF-Maßnahme Felderche (CEF)**  
Durch das Vorgehen ergibt sich die potenzielle Betroffenheit von maximal drei Felderchenrevieren auf der Planfläche.

### Textfestsetzungen

Für Erdarbeiten, die ab dem 31.07.23 durchgeführt werden, gelten die neuen Regelungen der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung sowie der Ersatzbaustoffverordnung. Diese sind zu beachten und anzuwenden. Bei Flächen von mehr als 3000 m<sup>2</sup>, bei denen Materialien auf oder in die durchwurzelbare Bodenschicht eingebracht werden, Bodenmaterial ausgehoben oder abgeschoben wird oder der Ober- und Unterboden dauerhaft oder vorübergehend vollständig oder teilweise verdrängt wird, kann nach § 4 Abs. 5 der BBodSchV die für die Zulassung des Vorhabens zuständige Behörde in Betrieben mit dem für den Bodenschutz zuständigen Behörde vor dem nach § 7 Satz 1 des Bundes-Bodenschutzgesetzes Pflichten die Befragung einer Bodenkundlichen Baubeleuchtung nach DIN 19639 im Einzelfall verlangen. Diesbezüglich empfehlen wir, die Obere Abfall- und Bodenschutzbehörde zu beteiligen.

Der Vorhabenträger ist auf die Anzeige-, Erhaltungs- und Abfrierungsverpflichtung (§ 16-21 DtschG RLP) hinzuweisen. Der Baubeginn ist mindestens 2 Wochen vorher per Email über landesarchaeologie-kollegen@rdg.rlp.de oder telefonisch unter 0676 3000 anzuzeigen. Weiterhin sind der Vortragsbeauftragte wie auch die örtlich eingesetzten Firmen darüber zu unterrichten, dass ungenutzte sowie ungenutzte Erd- und Bauarbeiten in Bereichen, in denen archaische Denkmäler vermutet werden, nach § 33 Abs. 1 Nr. 3 DtschG RLP ordnungswidrig sind. Unabhängig von dieser Forderung ist der Vorhabenträger verpflichtet, diese auszuführen, vor Ort eingesetzten Firmen bezüglich der Melde-, Erhaltungs- und Abfrierungsverpflichtung von archaischen Funden und Befunden an die Bestimmungen gemäß §§ 16-21 DtschG RLP gebunden.

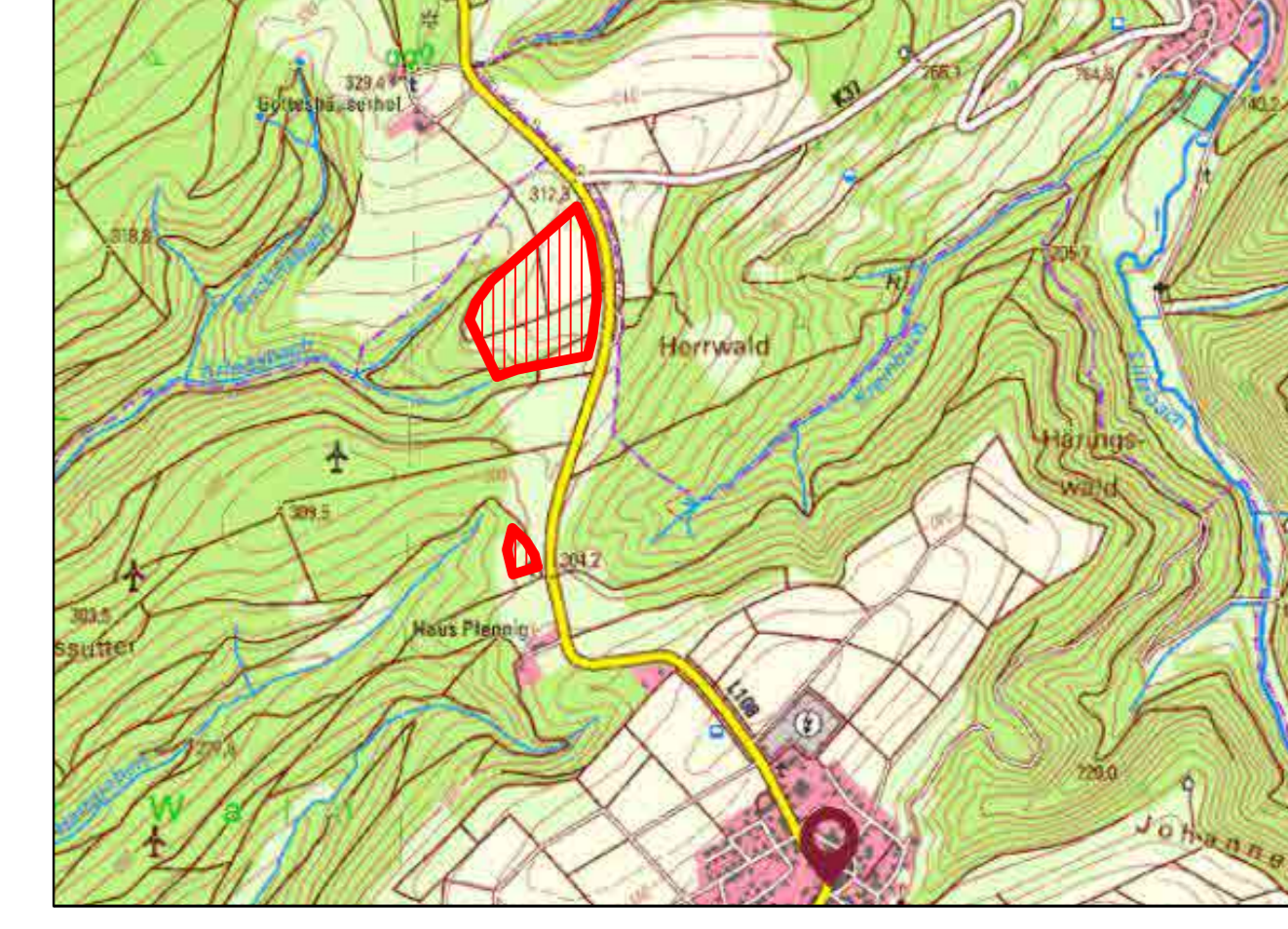
5. Von dem einzelnen ggf. auch nicht genehmigungspflichtigen Bauvorhaben im Schutzstreifen der Leitungen bzw. in unmittelbarer Nähe dazu sind der Amprion GmbH Baumaßnahmen (Lageplan) und Schnittzeichnungen mit Höhenangaben in m über NN) zur Prüfung und abschließenden Stellungnahme bzw. dem Abschluss einer Vereinbarung mit dem Grundstückseigentümer/Bauherrn zuzusenden. Alle geplanten Maßnahmen bedürfen der Zustimmung durch die Amprion GmbH.

6. Grundsätzlich ist die bei der Herstellung und beim Betrieb der geplanten Anlagen die Verordnungen über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AWStV) vom 18.04.2017 zu beachten.

### Rechtsgrundlagen

- Baugesetzgebung (BauGB) vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. I Nr. 304).
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO) vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.07.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 116).
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO) vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 03.07.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 116).
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 03.07.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225) geändert worden ist.
- Raumordnungsgesetz (ROG) vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.03.2023 (BGBl. I S. 023 I Nr. 88).
- Bundesfernstraßengesetz (FStrG) vom 26.06.2007 (BGBl. S. 1206), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.03.2023 (BGBl. 2023 Nr. 88).
- Landesstraßengesetz (LStrG) vom 01.08.1977 (GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.12.2022 (GVBl. S. 413).
- Denkmalschutzgesetz (DSchG) vom 23.03.1978 (GVBl. S. 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.09.2021 (GVBl. S. 543).
- Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 18.03.2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.10.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323).
- Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBAuO) vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.11.2024 (GVBl. S. 365).
- Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.06.2020 (GVBl. S. 287).
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (BNatSchG) vom 20.07.2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 23.10.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323) geändert worden ist.
- Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) vom 17.03.1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 306).
- Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598, 2716).
- Landesbodenschutzgesetz (LBoSchG) vom 25.07.2005 (GVBl. S. 302), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.06.2020 (GVBl. S. 287).
- Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist.
- Landesplanungsgesetz (LPlanG) vom 10.04.2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Gesetz vom 06.10.2015 (GVBl. S. 283, 295).
- Landeswassergesetz (LWG) vom 14.07.2015 (GVBl. S. 127), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.04.2022 (GVBl. S. 118).
- Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24.05.2023 (GVBl. S. 133).
- Landeswaldgesetz (LWaldG) vom 30.11.2000 (GVBl. S. 504) zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.03.2020 (GVBl. S. 98).
- Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 23.10.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 327)

### Übersichtskarte (ohne Maßstab)



### Projekt

<b>Ortsgemeinde Lieg</b> Bebauungsplan "Freiflächenphotovoltaikanlage"	
<b>Vorentwurf</b>	
Auftraggeber: Ortsgemeinde Lieg	Projektnr.: 01-881
Phase: Vorentwurf	Stand: März 2025
Bearbeitet: Rolf Weber	Maßstab: 1:2000
Waldstrasse 14 56766 Ulmet Tel.: 02676/9519110 Fax.: 02676/9519111	